

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Postfachkonto: Leipzig 21304.
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröb. a.

Nr. 146.

Mittwoch, 26. Juni 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Riesfaer Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Post, Postanstalten vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Wendung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundschreibzeile (7 Zeilen) 25 Pf., Zeitpreis 20 Pf.; extraüblicher Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Freie Karte. Bewilligter Rabatt erstattet, wenn der Betrag verfällt, durch Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vereinzeltige Unterhaltungsbeilagen „Gräßler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verfertigerbeirichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Schmel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Schluss von Lieferungsverträgen über Gemüse.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat als den Zeitpunkt, an dem die Fälligung von Lieferungsverträgen über Gemüse ihren Abschluss finden soll, den 30. Juni 1918 bestimmt.

Nach Ablauf dieses Tages dürfen Lieferungsverträge über Frischgemüse wie über Herbstgemüse nur noch im Namen der Geschäftsabteilung der Reichsstelle für Gemüse und Obst und zu deren alleiniger Verantwortung abgeschlossen werden.

Alle vorher abgeschlossenen Verträge müssen bis längstens 15. Juli 1918 der Reichsstelle für Gemüse und Obst zur Genehmigung vorliegen. Eine Ausnahme hiervon besteht nur für Lieferungsverträge über gelbe Kohlräben, die auch über den 30. Juni 1918 hinaus abgeschlossen werden dürfen.

Die für Beauftragte von Kommunalverbänden und Großverbraucher zum Abschluss von Gemüselieferungsverträgen ausgeteilten Ausweisarten verlieren mit Ablauf des 30. Juni 1918 ihre Gültigkeit.

Dresden, am 22. Juni 1918.

Ministerium des Innern.

1083 V G 2

2904

Verbot des Verfütterns von grünem Hafer.

Nach § 11 der Reichsgetreideordnung vom 29. Mai 1918 dürfen trotz der Beschlagnahme Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe selbstgebackenes Gemeine (Weißbrot, Mengkorn) mit Ausnahme von Mischungen, die nur aus Brotgetreide bestehen, sowie selbstgebackenen Mais und selbstgebackenen Lupinen vor der Mehle als Grünfütter im eigenen Betriebe verbrauchen.

Das Verfüttern von reinem Hafer ist nach § 1 der Reichsgetreideordnung, da selbiger auch in unreinem Zustande der Beschlagnahme unterliegt, verboten.

Großenhain, am 25. Juni 1918.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Lebensmittelverteilung.

Es kommen zur Verteilung:

1. In der Woche vom 1. bis 7. Juli 1918

- a) auf Abschnitt 25 der grauen Nahrungskarte I 125 g Feigwaren, gelben " I 75 g Feigwaren, roten " I 300 g Gries, grünen " I 250 g Gries.

2. In der Woche vom 8. bis 14. Juli 1918

- a) auf Abschnitt 26 der grauen Nahrungskarte I 200 g Kochfertige und Würfel-Zuppen, gelben " I 120 g " roten " I 300 g Gries, grünen " I 250 g Gries.
- b) auf Abschnitt 31 der gelben Warenbezugskarte III 250 g Marmelade.

Der Preis beträgt für

Feigwaren, Auszugsware	82 Pf.
Feigwaren, Wasserware	60 " }
Marmelade	92 " für das Pfund.
Gries	32 "

Der Preis für die Zuppen wird nach bekannt gegeben.

Die Verkaufsstellen haben die abgetempelten Abschnitte 25 und 26 der gelben Nahrungskarte I zu sammeln, zu 50 Stück zusammenzuschneiden und bis spätestens den 17. Juli 1918 an Herrn Kommissionsrat Ernst Wille in Riesa einzusenden.

Großenhain, am 25. Juni 1918.

Der Kommunalverband.

Ablieferung der Wintergerste betr.

Mit Rücksicht auf die Anaptheit an Brotgetreide ist es im laufenden Jahre unbedingt geboten, daß in erster Linie die frühreifende Wintergerste im vollen Umfange erfaßt wird.

Es wird daher auf Anordnung der Reichsgetreidestelle auf Grund von § 5 Absatz 3 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 folgendes bestimmt:

Die gesamte Wintergerste mit Ausnahme des Saatguts ist sofort nach der Ernte auszubereiten und an die Kommissionsräte des Bezirks abzuliefern. Auch die Mengen, welche den landwirtschaftlichen Betriebsunternehmern nach den einschlägigen Vorschriften zum Selbstverbrauch in der eigenen Wirtschaft (zur Ernährung der Selbstversorger und zur Fütterung des im Betriebe gehaltenen Viehs) an sich verbleiben könnten, sind zunächst abzuliefern. Die Reichsgetreidestelle hat sich verpflichtet, diese letzteren Mengen dem Landwirt, soweit er sie nicht aus selbstgebauter Sommergerste entnehmen kann, später auf Antrag in Natur zurückzuliefern und zwar zu dem Höchstpreise, welcher zur Zeit der Rücklieferung gilt. Der Erzeuger hat also in diesem Fall den Vorteil, daß er für die ganze von ihm abgelieferte Getreidemenge außer dem Höchstpreise die Frühreispremie erhält, für die ihm zurückzuliefernde Teilmenge dagegen einen erheblich niedrigeren, weil nur noch mit einer geringeren oder mit gar keiner Preisprämie mehr belasteten Preis zu zahlen hat.

Zumiderhandlungen werden nach §§ 80 und 81 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 bestraft.

Großenhain, am 22. Juni 1918.

Der Kommunalverband.

Anmeldung zur Kundenliste für Brotauftriebsmittel.

In den nächsten Tagen werden für die demnächst ablaufende Warenbezugskarte III für Brotauftriebsmittel (Marmelade, Saukohl oder Nudensatz) neue, wieder in gelber Farbe gehaltene Karten mit 10 Abschnitten — Abschnitt 33 bis 43 — ausgegeben werden.

Hierzu wird im Anschluß an die Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 26. Februar 1917 — 512 I F II A — folgendes bestimmt:

1. Die Ausgabe erfolgt nach Ausdruck des Gemeindefeststempels an der hierfür vorgesehenen Stelle durch die Gemeindebehörden zugleich mit für die selbständigen Ortsbezirke.

2. Zum Besitze der Karten sind nur diejenigen Personen berechtigt, die im Besitze von Weisefestkarten sind.

Jedem Haushaltungsvorstand werden ferner Karten zugeteilt, wie die Haushaltung Mitglieder hat. Der Haushaltungsvorstand ist verpflichtet, den von ihm nicht unterhaltenen Haushaltungsmitgliedern auf deren Verlangen die Karten auszubändigen.

4. Die Inhaber der Karten haben sofort nach Empfang derselben, spätestens aber bis zum 4. Juli 1918 einen festher mit der Verteilung von Brotauftriebsmitteln betraut gewesenen Kleinhändler, bei dem sie die auf die sämtlichen Abschnitte der Karte auszugebenden Brotauftriebsmengen entnehmen wollen, zu bestimmen und diesem die Karten vorzulegen. Die Kleinhändler haben die Karten auf der Rückseite und zwar oben links mit dem Firmenstempel oder handschriftlich mit ihrem Namen (mit Tinte oder Tintenstift) zu versehen. Als Ersatz für den Bezugsausweis ist von den Kleinhändlern Abschnitt 33 der Karte abzutrennen und zurückzubehalten. Die Karte ist hierauf dem Inhaber zurückzugeben. Der abgetrennte Abschnitt Nr. 33 ist auf der

Rückseite ebenfalls mit dem Firmenstempel des handschriftlich mit dem Namen der Firma (mit Tinte oder Tintenstift) zu versehen.

In den ländlichen Gemeinden, in denen kein Kleinhändler am Orte ist, hat die Vorlegung der Karten, sofern der Inhaber die Waren nicht bei einem Kleinhändler in einer benachbarten Stadt- oder Landgemeinde beziehen will, bei der Gemeindebehörde zu erfolgen. Die Gemeindebehörden haben die Karten auf der Rückseite, und zwar oben links mit dem Gemeindefeststempel zu versehen, als Ersatz für den Bezugsausweis ebenfalls den Abschnitt 33 zurückzubehalten und hierauf die Karte dem Inhaber zurückzugeben. Der abgetrennte Abschnitt 33 ist auf der Rückseite ebenfalls mit dem Gemeindefeststempel zu versehen.

Die Inhaber der Karten sind verpflichtet, die auf die sämtlichen Abschnitte 34-43 auszugebenden Waren bei dem von ihnen ausgetretenen Kleinhändler zu beziehen. Ein Wechsel ist vor Ablauf der jetzt ausgetretenen Warenbezugskarte III nicht zulässig.

5. Die Gemeindebehörden bei, die Kleinhändler haben die nach der erstmaligen Vorlegung der Karte abzutrennenden und mit dem Firmenstempel des handschriftlich mit dem Namen zu versehenen Abschnitte Nr. 33 zu sammeln und spätestens bis zum 6. Juli 1918

- a) in Großenhain, soweit sie dem Einkaufsverein der Kolonialwarenhandlender angehören, an den Vorsitzenden dieses Vereins, Herrn Kaufmann Hermann Raumann in Großenhain, Weichenerstraße, soweit sie dem Einkaufsverein nicht angehören, an Herrn Kaufmann Hermann Globig in Großenhain, Hauptmarkt,
- b) in Riesa, an den Ausschuss zur Warenverteilung, z. B. des Vorsitzenden Herrn Bernhard Müller, i. H. Ferd. Müller in Riesa,
- c) in Radeburg, an Herrn Kaufmann Dr. Böhmig, in Radeburg,
- d) in Gröb. a. an Herrn Kaufmann Theodor Zimmer in Gröb. a.

e) in den übrigen Gemeinden an diejenige Unterverteilungsstelle, von der sie bisher ihre Waren bezogen haben,

einzusenden.

Die Einsendung hat in einem verschlossenen Briefumschlage, auf dem der Name und Wohnort des Kleinhändlers, sowie die Zahl der eingeklebten Abschnitte Nr. 33 vermerkt ist, zu erfolgen.

Durch Herrn Kaufmann Raumann in Großenhain und Herrn Kaufmann Globig daselbst, Herrn Bernhard Müller in Riesa, Herrn Dr. Böhmig in Radeburg und Herrn Theodor Zimmer in Gröb. a., sowie durch die Unterverteilungsstellen der Landgemeinden sind die Abschnitte 33 sofort nach Eingang und spätestens bis zum 9. Juli 1918 an den mit der Verteilung der Nahrungsmittel im Bezirke beauftragten Herrn Kaufmann Kommissionsrat Ernst Wille in Riesa gesammelt einzusenden.

Der Konsumverein zum Baum in Großenhain und der Konsumverein für Großenhain u. Umg. haben die Einendung unmittelbar an Herrn Kommissionsrat Wille in Riesa zu bewirken. Nach Maßgabe der abgelieferten Abschnitte 33 erfolgt die Verteilung der Waren durch die Verteilungsstelle des Kommunalverbandes an die Unterverteilungsstellen und durch diese an die Kleinhändler.

Die Fristen sind unter allen Umständen einzuhalten, da sonst auf eine Belieferung nicht gerechnet werden kann.

6. Die Bestimmungen der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 26. Februar 1917 — 512 I F II A — behalten im übrigen Geltung.

Großenhain, am 22. Juni 1918.

926 a III Der Kommunalverband.

Ablieferung von Bienenhonig für abgelieferten Zutterzucker.

Im Anschluß an die Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 10. April 1918 — 449 a III — wird bekanntgegeben, daß das königliche Ministerium des Innern mit Rücksicht darauf, daß der erwartete reiche Honigertrag infolge des Verlaufs der Witterung nicht zu erwarten ist, die Lieferungsverpflichtung auf die Hälfte der ursprünglich vorgesehenen Menge herabgesetzt hat. Es sind daher von jedem Bienenvolk in diesem Wirtschaftsjahre statt 8 Pfund nur 4 Pfund Honig abzuliefern.

Weiter hat das königliche Ministerium des Innern bestimmt, daß bei jedem Zutter 2 Bienenvölker für die Berechnung der Honigablieferungsverpflichtung ausreichen.

Eine nach den vorstehend abgeänderten Grundfähen aufzustellende anderweitige Berechnung der von jedem Zutterverein anzubringenden Honigmengen wird den Vereinen demnach nicht zugehen.

Das königliche Ministerium des Innern erwartet, daß die Zutter nunmehr alles daran setzen werden, um ihrer Ablieferungsverpflichtung reiflos und sobald als möglich nachzukommen, damit die Versorgung der Krankenanstalten, der Lazarette usw., für die der Honig in erster Linie bestimmt ist, auf keine Schwierigkeiten stößt.

Für die Durchführung der Ablieferung bleiben im übrigen die Bestimmungen der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 10. April 1918 auch weiterhin bestehen.

Großenhain, am 22. Juni 1918.

450 b III Der Kommunalverband.

Sternabend im Kinderhort Riesa.

Freitag, den 28. d. M. abends 8 1/2 Uhr soll im Kinderhort (Hintergeh. der Albertstraße) ein Sternabend abgehalten werden. Die Behörden unserer Stadt, die Eltern der Fortkinder und die Freunde des Kinderhortes werden hierzu höflich eingeladen.

Riesa, den 25. Juni 1918. Die Vorleitung.

Der Gemeinderat hat mit Zustimmung der königlichen Amtshauptmannschaft zu Großenhain beschlossen, ab 1. Juli 1918 für Leitungswasser, das durch Wassermesser zur Abgabe gelangt, folgende Beträge zu fordern, und zwar

bis 1000 cbm	jährl. Verbrauch	30 Pf. pro cbm,
bis 2000 cbm	jährl. Verbrauch	29 Pf. pro cbm,
bis 4500 cbm	jährl. Verbrauch	28 Pf. pro cbm,
bis 7000 cbm	jährl. Verbrauch	27 Pf. pro cbm,
bis 10000 cbm	jährl. Verbrauch	26 Pf. pro cbm,
bis 14000 cbm	jährl. Verbrauch	25 Pf. pro cbm,
bis 19000 cbm	jährl. Verbrauch	24 Pf. pro cbm,
bis 25000 cbm	jährl. Verbrauch	23 Pf. pro cbm,
bis 32000 cbm	jährl. Verbrauch	22 Pf. pro cbm,
bis 40000 cbm	jährl. Verbrauch	21 Pf. pro cbm,
über 40000 cbm	jährl. Verbrauch	20 Pf. pro cbm.

Wir bringen diese Wasserpreiserhöhung, die nur durch die wesentliche Steigerung der Betriebskosten verursacht worden ist, hiermit zur allgemeinen Kenntnis.

Gröb. a., Elbe, am 25. Juni 1918.

Der Gemeindevorstand.

Mit Genehmigung der königlichen Amtshauptmannschaft Großenhain wird der Kommunikationsweg von Riesa nach Köstlich wegen Aufbringen von Massenfaul vom 27. bis mit 30. Juni dieses Jahres für den Fahrverkehr gesperrt und dieser inzwischen über Köstlich und Jahnishausen verwiesen.

Das unbefugte Befahren des gesperrten Weges wird nach § 366 des Reichsstrafgesetzbuchs bestraft.

Riesa, am 25. Juni 1918.

Der Gemeindevorstand.

gellen auch Teile der Wohnungen, die ohne Beeinträchtigung der Benutzung der übrigen Räume von der Wohnung abgetrennt werden können. Als inbezug gelte Wohnungen und Räumlichkeiten, wenn sie vollständig leer stehen, oder lediglich zur Aufbewahrung von Gegenständen dienen, die in Lagerräumen aufbewahrt werden können."

Oesterreich-Ungarn.

Ein Kabinett Bauhaus? Den Blättern zufolge sprach sich die Mehrheit der Minister in dem gestrigen Ministerrat gegen ein 8-14-Regime aus, indem sie auf die Gefahren eines Regimes ohne Parlament unter den heutigen schwierigen Verhältnissen verwies, worauf das gesamte Kabinett sein Rücktrittsgesuch überreichte. Die Polen äußerten die Hoffnung, daß der Monarch die Demission genehmigen und einen neuen Mann mit der Kabinettbildung betrauen werde. Sie betonen, daß die Ernennung der Minister wohl ausschließlichs Recht des Monarchen sei, doch hätten die Parteien das Recht, einen Ministerpräsidenten abzulehnen. Von diesem Recht hätten die Polen Gebrauch gemacht. Der Obmann des Volksklubs, Terzil, versicherte dem Abgeordneten Waldner, daß die Polen bereit seien, mit den Deutschen eine Mehrheit zu bilden. In parlamentarischen Kreisen erhält sich das Gerücht, daß der Eisenbahnminister Bauhaus provisorisch die Leitung des Kabinetts übernehmen werde, wobei das Kabinett in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung, jedoch ohne den Ministerpräsidenten von Teubler, erhalten bleibe.

Fräulein sucht besser möbliertes Zimmer für 15. 7. evtl. auch früher. Offerten erbeten unt. W 745 an das Tageblatt Riesa.

Unständiges Mädchen kann Schlafkiste erhalten Großenhainer Str. 9, 1. Mädchenkloster frei Bismarckstr. 61, Hof, v.

Die diesjährigen Obstnahrungen an den Staatsstraßen in den Amtsstrassenmeistereien Meichen-Ost, Großenhain, Radeburg, — rechts der Elbe — Bismarck, Raska, Riesa und Weichen-West, — links der Elbe sollen in möglichst frühen Strecken im Wege des schriftlichen Angebots unter den allgemeinen bei dem unterzeichneten Straßen- und Wasser-Bauamt ausliegenden Bedingungen für den Verkauf der Obstnahrungen auf den Staatsstraßen und unter der weiteren Bedingung verkauft werden, daß die Käufer verbindungsweiser zur Ausführung des gekauften Obstes an die Bezirksobstfahrmehlsstelle zum Erzeugerhöchstpreise verpflichtet sind.

Die Angebote sind spätestens bis Montag, den 1. Juli d. J. bei dem unterzeichneten Bauamt einzulegen. Die Auswahl unter den Bietern und die Ablehnung aller Gebote bleibt vorbehalten.

Gebote, auf die bis zum 8. Juli kein zureichender Bescheid erteilt worden ist, sind als abgelehnt zu betrachten. Die Ueberlichten zu Angeboten der in jeder Amtsstrassenmeisterei zum Verkauf kommenden Nahrungen, mit Angabe der Ausdehnung und Lage der Strecke und die ungefähre Zahl der auf jeder Strecke vorhandenen tragbaren Bäume sind bei dem unterzeichneten Bauamt zu entnehmen oder von diesem zu beziehen.

Auskünfte hierüber können auch bei den betreffenden Amtsstrassenmeistern und bei den Abteilungswärtern eingeholt werden.

Meichen, am 25. Juni 1918.
Königl. Straßen- und Wasser-Bauamt.

Wir suchen für wichtige Kriegslieferungen

Schmiede, Schlosser, Schmiedehelfer,

sowie geeignete Hilfskräfte, welche wir hierfür einrichten können.

Meldungen an
Berliner Wagenachsen-Fabrik
Erschreckt & Schumann
Zweigniederlassung Großenhain i. S.

Schlacht-Pferde

kauft jederzeit Otto Gundermann
Rohschlächter, Riesa. — Telefon 273.
Bei Hochschlachten schnell zur Stelle.

Wichtung! Schlachtpferde!

sucht jederzeit zu kaufen. Bei Hochschlachten schnell zur Stelle. Bean. Transportu. Weiterverkauf findet n. 1. 4. 1. statt.
Albert Mehlhorn, Gröba.
Telephon Riesa Nr. 685.



Es treffen nochmals ein Freitag, den 28. Juni
39 Stück nur ganz erstklassige Oldenburger u. Belgische 1/2-2 jähr.

Fohlen

sowie
junge einspannfähige Pferde

und stehen dieselben zu kulantesten Bedingungen zum Verkauf.

E. A. Müller, Gut Oberheidewitz bei Birna.
Telefon 798 Amt Birna.

Altkorke

in allen Größen, auch Korkebruch kauft zu den gewöhnlichen Höchstpreisen. Es werden auch Aufkäufer angenommen. Angebote erbittet

Korkefabrik Wm. Merkel,
Raska im tschl. Erzgeb.

Vereinsnachrichten

Gewerbeverein. Donnerstag, den 27. d. M., abends 8 Uhr

Verammlung im Ratskeller. Tagesordnung: Hauptpunkt Neuwahlen. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Gasthof Pansitz. Theater der Stadt Riesa.

Sonntag, den 30. 6.

Mehrfaches Gastspiel! Extravortellung!

Alt-Heidelberg.

Als ich Abschied nahm, als ich wiederkam.

4 Uhr: Große Märchenaufführung mit allen auswärtigen Gästen.

Der gestiefelte Kater

oder: Graf und Sauberer Carrabas.

Die Direktion.

R. Richters

Tanzkurse beginnen:

Strehla: Gasthof „Zum Schiffchen“

Sonntag, den 6. Juli. Anfang 8 Uhr.

Elsterwerda: Gumblich Vereinshaus

Dienstag, 9. Juli. Anfang 8 Uhr.

Riesa: Elsterrasse

Dienstag, 6. August.

Müchritz: Bahrmanns Gasthof

Sonntag, 20. Juli. Anfang 8 Uhr.

Schachtingssool Nob. Richter, Ballettarrangeur.

SARRASANI DRESDEN.

Allabendlich 7 1/2 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Mittwoch, Sonnabend, Sonntag auch 3 Uhr

DER NEUE, BUNTE, HUMORISTISCHE CIRCUS-VARIÉTÉ- UND THEATER-SPIELPLAN.

U. a.: Zwei Abenteuer des Meisterdetektivs

STUART WEEBS.

Das Vermächtnis des Hanslerers. — Die Todesuhr.

Rasieren betr.

St. Verfügung des Generalkommandos des 12. A.-K. ist die Verwendung von Wäsche (Servietten oder Handtücher) beim Rasieren der Kundenschaft verboten und soll durch Papier ersetzt werden.

Das Mithringen der Wäsche ist daher angebracht und unserer Kundenschaft sehr zu empfehlen.
Schachtingssool

Die Friseur-Jungung zu Riesa.

Donnerstag, den 27. Juni bleibt mein Geschäft geschlossen.

Hugo Winnfelt.

Für die uns zu unserer Silberhochzeit dargebrachten zahlreichen Geschenke und Gratulationen danken hierdurch herzlich
H e y d a, den 24. Juni 1918

Aug. Mager und Frau.

Nach kurzem Leiden verschied unser Maschinist und Heizer, Herr

Ernst Oehmichen

aus Canitz.
Wir verlieren in ihm einen treuen, fleißigen und gewissenhaften Mitarbeiter unseres Wertes und werden ihm jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren.

R i e s a, den 26. Juni 1918.
Hafen-Hobel- und Sägewerke Gröba-Riesa.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche uns bei dem schmerzlichen Verluste unseres innigstgeliebten, guten Sohnes und Bruders

Alfred

durch Wort und Schrift Anteil geworden sind, insbesondere den lieben Frauen für das schöne Bild, sowie der lieben Jugend für den ehrenden Nachruf sagen wir allen hierdurch unsern

herzlichsten Dank.
Gröba, den 26. 6. 1918.
Germaun Görzig, s. St. im Felde und Familie.

Wohnung

im Preise von 300-400 M. wird von ruhigen Leuten v. 1. Okt. zu mieten gesucht, event. auch in Neumelba od. Neugröba. Gest. Angebote unter W 749 an das Tageblatt Riesa.

Wohnung

wird von älteren Leuten v. 1. Oktober zu mieten gesucht nur in der Stadt im Preise bis 180 M. Offerten unter R W 742 an das Tagl. Riesa.

2 Mädchen-Schlafstellen fr.

Zu erfragen im Tagl. Riesa.

Jungfer Mann

Handwerker, 28 Jahre alt, wünscht sich auf diesem Wege mit Fräulein oder Witwe ohne Anhang

glücklich z. verheiraten.

Offerten, möglichst mit Bild, unter X W 748 an das Tageblatt Riesa erbeten.

Junges Mädchen

im Alter von 20 Jahren sucht die Bekanntschaft eines ordentlichen, soliden Herrn (Witwer nicht ausgeschlossen) auch s. Gestalt, Off. unt. V W 746 an das Tagl. Riesa.

Ordentl. Mädchen

zu sofortigem Eintritt gesucht. Zu erfragen im Riesaer Tagl.

Ein ehrliches, sauberes Mädchen

für Küche und Haus zum 15. Juli gesucht.
Frau Tanalehrer Richter.

Hausmädchen

wird gesucht
Goethestr. 1, 1.

Ostermädchen

oder größeres Schulm. zum 1. Juli als Aufwartung gesucht.
Frau Reinhold, Schützenstraße 18.

Für das Kontor einer Molkerei wird ein fleißiges, im Rechnen und in der Buchhaltung sicheres

Fräulein

bei gutem Gehalt gesucht. Angebote nimmt die Molkerei Riesa entgegen.

Verkäuferin,

auch lernende, unter günstigen Bedingungen für sofort gesucht.

Joh. Hoffmann,
Buch- und Papierhandlung.

Zur Bedienung unserer Keil- und Maschinenanlage suchen wir zum baldigen Eintritt einen zuverlässigen, fleißigen, älteren

Maschinisten.

Angebote erbittet die
Molkerei-Genossenschaft Riesa.

Reeller Nebenerwerb

bietet sich einer zuverlässigen Person aus Göhlitz, welche das Austragen des Riesaer Tageblattes für diesen Ort übernehmen will. Nähere Auskunft erteilt die

Geschäftsstelle des Riesaer Tageblattes, Riesa, Goethestr. 59.

2 Schlosser

oder Dreher und mehrere **kräftige Arbeiter** stellt sofort ein
Franz Niesel,
Maschinenfabrik, Gröba.

Wer erteilt jungem Mädchen Mandolinunterricht? Offerten unter W W 747 an das Tageblatt Riesa.

Maler.

oder ein mit der Farbenbranche vertrauter

Arbeiter

für sofort in dauernde Stellung gesucht.
Oskar Mosebach m. b. H.,
Riesa.

Gesucht wird für Villen-Grundstück mit großem Garten ein verheirateter.

Hausmann.

Adresse zu erfahren im Tageblatt Riesa.

Arbeiter,

sowie **ältere Frauen**

werden noch angenommen.
Hafen-Hobel- und Sägewerke Gröba-Riesa.

Maschinist

wird für dauernde Beschäftigung angenommen.
Hafen-Hobel- u. Sägewerke Gröba-Riesa.

Mehrere

Hilfsarbeiter

sofort gesucht.
Oskar Mosebach m. b. H.,
Riesa.

Haben Sie

das Riesaer Tageblatt für Juli bestellt?

Ein in der Nähe von Riesa gelegenes

Hausgrundstück

ist bei geringer Anzahlung veräußert. Adressen unter Z W 750 an das Tagl. Riesa.

Gluckhenne

mit 13 Schwänen verkauft
Nr. 3 Panitz.

Neuemelkene Ziege

zu verkaufen Neugröba, Bahnhofsstr. 10, 1.

Sportwagen

ohne Gummiereifung zu verkaufen
Räberberg 3, 1.

Pianino

geg. 10f. Kasse zu kaufen gesucht. W. Df. u. 8 T 81 Invalidentank Leizig.

Gebrauchter **Stüchenherd** wird zu kaufen gesucht
Weißner Str. 1.

5 akkumulat.-Lichtanlage,

22 m guterhalteneres Rantholz, 14x15, ein Paar Akkumulatoren und verschiedene elektr. Gegenstände zu verkaufen
Werdorf Nr. 37.

Einrahmen von Bildern

Urkunden aller Art, Spiegel werden angefertigt, Fenster-scheiben eingezogen bei billiger Berechnung. Oskar Beder in Werdorf Nr. 10. Richter's Sonnabend-Tanzstunde findet nächsten Freitag statt. — Anf. 8 Uhr. — Die heutige Nr. umfasst 6 Seiten.

Eine Rede des Reichstanzlers. — Staatssekretär v. Rühlmann verteidigt sich. Der Friedensvertrag mit Rumänien im Hauptauschuß angenommen.

Deutscher Reichstag.

190. Sitzung, Dienstag, den 25. Juni 1918.

Am Bundeskanzler: Graf Hertling, v. Payer, v. Rühlmann.
Präsident Ehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.
Auf eine Anfrage des Abg. Jung zu Schönaich-Casselitz (n.) betreffend im Kammelsgebiet in englische Gefangenenschaft geratene und dort unmeniglich gemarterte Offiziere und Mannschaften erwidert

Oberst v. Fraunfeld, daß falls dies zutreffen sollte, Sühne und strenge Bestrafung wegen dieser niederwertigen Verbrechen gefordert werden sollte. Auf eine weitere Anfrage desselben Abgeordneten, betreffend die Tötung von 150 deutscher Gefangener auf der Insel Malta, erwidert

Ministerialdirektor v. Krieger, daß die Ernährung auf Malta jetzt besser sei als in England.

Die Abg. Doormann und Weinhausen (Fortfchr. N.) fordern Wiederherstellung des Feldpostrechts an die deutsche Behörde in Belgien.

Geheimer Hofrat Duke sagt Prüfung dieser Frage zu. Abg. Schiele (son.) bittet, während der Ferienzeit Landwirte zum Heeresdienst einzuberufen.

Oberst v. Braun: Allen kühnen Wünschen wird Rechnung getragen werden, aber alle Landwirte können nicht zurückgestellt werden.

Reichskanzlei und Auswärtiges Amt.

Die Ansprache wird fortgesetzt.

Zunächst erhält das Wort der Reichskanzler.

Reichskanzler Graf Hertling:

Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, in diese Ansprache einzutreten. Die Gründe für diese beabsichtigte Zurückhaltung liegen auf der Hand. Es sind die Erfahrungen, die meine Amtsvorgänger mit dem Erfolg ihrer Reden gemacht haben. Sprachen wir von unserer friedfertigen Gesinnung, von unserer Friedensbereitschaft, so wurde das von den Feinden als ein Symptom unserer Schwäche, unseres unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs aufgefaßt, von dem anderen als eine hinterlistig gefällte Fiktion mißdeutet; sprachen wir dagegen von unserem unerschütterlichen Willen, den uns sowohl auf gezwungenen Eroberungsweg als auf freiwillige Abgabe, so hörte man auf der anderen Seite die Säbel klirren, und es ließ, daß bei der Stimme des deutschen Militarismus, mit dem sich auch die leitenden Staatsmänner wohl oder übel abgefunden hätten. Ich bin dem am 14. Februar erg. Stillsitzender gegenüber und habe Stellung genommen zu der

Wortlaut des Präsidenten Wilson.

Ich habe keine bestimmte Idee, wie diese Ansprache zu gestalten ist. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß diese vier Punkte möglicherweise die Grundlage für einen allgemeinen Weltfrieden bilden könnten. Irgeendwelche Versicherungen des Präsidenten Wilson sind darauf nicht erfolgt. (Hört, hört!) Es hätte deshalb gar keinen Zweck, den damals gesprochenen Forderungen, insbesondere nicht auf die der Amerikaner, die uns selbst im Hinblick auf die in vielfach erschwerter Deutlichkeit erkennen lassen, was unter dem

Wörterbuch zur Erhaltung von Freiheit und Gerechtigkeit zu verstehen sei. In deutlich ist bei unseren Gegnern zu erkennen, was dieser zu bildende Wörterbuch nach ihrer Ansicht in Wirklichkeit sein würde, und daß es ihnen gar keine Schwierigkeiten machen würde, mit ihm das aufstrebende Deutschland zu isolieren und ihn durch wirtschaftliche Abhängigkeiten den Lebensnerven abzuschneiden. (Sehr richtig!)

Die Schuldfrage am Kriege

Ich will darauf nicht weiter eingehen. Diese Schuldfrage können wir getrost der Geschichte überlassen. (Zustimmung.) Schon jetzt liegen die Beweise vor, die beweisen, daß Deutschland nicht Schuld an diesem Kriege war, daß Deutschland nicht die Hand zum erstenmal hat, die diesen Weltkrieg entfachte. (Zustimmung.) Es liegt mir nun daran, einige Widersprüche auszuräumen, die, wie mir scheint, bei der Betrachtung des zweiten Teils der Rede des Staatssekretärs abgewandelt haben. Die Tendenz dieser Ausführungen des Staatssekretärs waren lediglich, die Verantwortung an der Fortsetzung und unabsehbaren Dauer des entsetzlichen Krieges den feindlichen Mächten zuzuschreiben, ganz im dem Sinne, wie ich das hier am 14. Februar getan habe. Denn von einer Entlastung unserer energischen Willens, von einer Entlastung unserer Kriegsbereitschaft kann ja doch selbstverständlich nicht die Rede sein. (Beifall.) Kaiser und Reich, Volk und Welt arbeiten vertrauensvoll zusammen. (Erneuter Beifall.) Dieses Vertrauen gründet sich auf unsere unvergleichlichen Truppen (Deutsch), auf ihre genialen Führer (erneuter Beifall), auf das einheitlich und unerschütterlich zusammenhaltende Volk, das so Großartiges in den hinter uns liegenden vier Jahren geleistet hat. Wir dürfen hoffen, daß der Allmächtige, der uns bisher gelehrt hat, und von dem Sieg zu Sieg geführt hat, diese Tugend des deutschen Volkes behalte. (Stimm. Beifall.)

Über Einzelheiten wird nunmehr Staatssekretär v. Rühlmann selbst sprechen, um Mißverständnisse aus dem Wege zu räumen.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Rühlmann: Graf Westarp hat am Schluß der gestrigen Verhandlungen, dem ich leider infolge dringender Amtsgeschäfte nicht beiwohnen konnte, verschiedene Kommentare zu meinen Ausführungen gemacht, denen ich zum Teil beitreten kann, zum Teil aber sehr nachdrücklich entgegenzutreten gezwungen bin. Ich habe gestern gesagt: „Wenn einmal der Moment gekommen sein sollte — wann er kommt, darüber möchte ich mir gegenwärtig auch nicht einmal eine Prophezeiung erlauben — daß die Nationen, die heute kämpfen, in einem Gebotenaustausch eintreten, so wird vor allem auch die Vorbedingung mita sein, daß man ein

gewisses Vertrauen in die Aufrichtigkeit und Milderlichkeit der Gegenseite hat. Solange jede Erklärung eines solchen Gebotenaustausches von dem anderen Teil als Friedensoffensive, als Falle, als falsche Unternehmung, um Zwietracht zwischen den Verbündeten zu säen, aufgefaßt wird, solange jeder Annäherungsversuch von den Gegnern einer Annäherung in den verschiedenen Mächten sofort auf das heftigste bekämpft wird, solange ist nicht abzusehen, wie irgendein Gebotenaustausch eingeleitet werden kann, der zum Frieden führt. Ohne einen solchen Gebotenaustausch wird der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm Beteiligten, auch übersehbaren, Mächte, durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein Ende nicht erreicht werden können. (Leb. Hurra: Lesen Sie aus dem unferrierten Stenogramm?) Ich habe in meinem Stenogramm nichts fortgesehrt, was den Sinn meiner Rede verändert. (Hörschreie. Unruhe.) Ich sahre in der Rede fort: „Unsere Stellung auf dem Schlachtfeldern, die ungetreuen Reserven an militärischen Hilfsmitteln, die feste Entschlossenheit im Innern gestatten uns, eine solche Sprache zu führen. Wir hoffen, daß unsere Gegner einsehen werden, daß gegen die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, der Gedanke an einen Sieg der Entente Traum und Illusion ist; sie werden, wie Aquilid von uns erwartet hat, seinerzeit den Weg finden, mit einem Friedensangebot an uns heranzutreten, welches den deutschen Interessen entspricht und den deutschen Lebensnotwendigkeiten genügt.“ Nun hat Graf Westarp in seiner Rede davon gesprochen, daß ich einen

Appell an den guten Willen Englands

gerichtet hätte. Das hat mir total ferngelegen. Dieser Appell richtet sich an niemand besonders, und aus dem Zusammenhang meiner Rede geht klar hervor, was die Absicht war: nämlich daß Verhandlungen von Parlament zu Parlament und von Rednerbühne zu Rednerbühne usw. — darüber wird wohl ziemlich allgemeine Uebereinstimmung herrschen — auf dem Wege zu einer Lösung kaum mehr wesentlich fördern können. Also bleibt nichts übrig, als

Der Weg der vertraulichen oder diplomatischen Fühlungsnahme.

Dieser Weg wird gleichfalls hoffnungslos verbannt, wenn von den Gegnern jede derartige Anregung von vornherein als aus mala fides hervorgehend bezeichnet wird. Meine Absicht war dabei zu zeigen, daß die Gegner jeden Weg, der zur Verständigung führen kann, vollständig verwerfen. Weiter hat Graf Westarp ausgeführt, die Aufforderung, und nicht jeden guten Vorschlag abzuschlagen, sei bei den Engländern an die falsche Adresse gerichtet.

Ich beziehe mich auf das eben Gesagte; solange die Gegner nichts, was wir sagen, als geeignete Grundlage ansehen — wie soll da eine Diskussion zustande kommen? Dann hat Graf Westarp gesagt, aus gutem Willen würden unsere Feinde nicht in Verhandlungen eintreten, sondern sie müßten dazu gezwungen werden. (Sehr richtig! recht!) Ich unterstreiche jedes Wort, aber was ist der Appell an den guten Willen? Haben wir nicht Siege zu verzeichnen so groß, wie sie die Geschichte kaum verzeichnet? Erwartet nicht unsere Feinde, wie ihre Presse zeigt, jede Minute neue große Schläge? Sind das nicht Momente, die bei ihnen die Überzeugung über Nachdenklichkeit darüber auslösen können, ob es nicht verhängiger wäre, jetzt den Weg der Verhandlungen zu beschreiten? Graf Westarp meinte, die Voraussetzung für einen guten Frieden ließe der Sieg unserer Waffen. (Zustimmung recht!) Dem stimme ich vollkommen zu.

Der Sieg ist auf unserer Seite

und wir hoffen auch in Zukunft zu siegen, solange bis die Gegner zu Erfordernissen bereit sind, welche der Lage entsprechen und den deutschen Lebensnotwendigkeiten genügen tun. Herrscher hat Graf Westarp ausgeführt, wie unser gutes Schwert den Frieden im Osten gebracht hat, so wird das Schwert auch den Frieden im Westen bringen müssen. Der Versuch im Osten ist aber gewesen, daß die Gegner, als sie einsehen, daß weiterer Widerstand nur noch überflüssige Opfer bedeutete, die Waffen auf dem Wege des Brunnens, die Ukraine auf dem Wege der Delegation nach West-Litauen, die Rumänen auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen und ihre Weiteinstimmigkeit erklärt haben, in Verhandlungen einzutreten. In der Rede des Grafen Westarp hielt es weiter, die Festigung meiner Erklärungen habe es vielleicht zweifelhaft erscheinen lassen können, ob ich auch der Meinung gewesen wäre, die ich schon ausgesprochen habe. Ich lege den größten Wert darauf, festzustellen, daß ich durchaus dieser Meinung gewesen bin. Uebrigens geht aus den Worten des Grafen Westarp hervor, er könne sich nicht denken, daß ich anderer Meinung gewesen wäre, aus diesen Worten, die Graf Westarp zu einem Zeitpunkt gesprochen hat, als ich bereits den Reichstag verlassen hatte, ohne das Stenogramm seiner Rede vorher gesehen zu haben, daß ich daran nichts geändert haben kann. Das gebe ich den Herren zu bedenken, die vorhin der Meinung Ausdruck gegeben haben, ich hätte das Stenogramm geändert. (Sehr gut! links und im Zentrum.) Schließlich hat Graf Westarp mir den Gedanken ausgesprochen, ich wolle nicht die Entscheidung durch die Waffen, sondern nur Verhandlungen herbeiführen. Dagegen muß ich auf das entscheidende protestieren. Graf Westarp hat selbst gesagt, er könne sich nicht denken, daß ich eine solche Meinung gehabt hätte. Der Sinn meiner Rede war direkt und klar und in dem Hineinschreiben des „nur“ liegt eine direkte (der Staatssekretär zögert einen Augenblick mit dem Weiterreden) Umkehrung dessen, was ich gesagt habe, daß nämlich durch reine militärische Erfolge allein, ohne diplomatische Verhandlungen, das Ende nicht herbeigeführt werden könne. Dabei lag der Schwerpunkt auf den militärischen Erfolgen und die diplomatischen Verhandlungen wurden nur als sekundär gekennzeichnet. Hätte ich das gesagt, was Graf Westarp sagte, er könne sich nicht denken, daß ich es hätte zum Ausdruck bringen wollen, dann wäre Ihr Angriff in vollem Maße gerechtfertigt. Der Versuch wird immer der sein, wie er von mir kurz gekennzeichnet worden ist.

Der militärische Erfolg ist die Voraussetzung und die Grundlage der diplomatischen Verhandlungen.

Meine gestrige Aufgabe als Diplomat (Jurist v. d. Soy: Diplomat?) war, von hoher Warte zusammenfassend, die Ereignisse zu überblicken. Da mußte auch akademisch und theoretisch die Möglichkeit erörtert werden, wie aus den militärischen Erfolgen seinerzeit auf dem Wege der Verhandlungen der Gewinn ausgemittelt und festgestellt werden sollte. Die Einigung des „nur“, wenn sie berechtigt wäre, würde den Sinn genau ins Gegenteil verkehren. Graf Westarp fährt fort, ich kann es mir nicht denken, daß das der Sinn seiner Ausführungen gewesen sein soll. Es würde ja brauchen im Felde eine Wirkung auszuüben, die ich nicht näher ausmalen will, und es würde sich auch in jenem Gegenstand sehen zu Kundgebungen anderer Art, die nur in letzter Zeit oft genug gehört haben. Randbemerkungen, die betonen, daß nur der Sieg der deutschen

Waffen zum Ziele führen könne. Nachdem Graf Westarp selbst mehrfach sagt, er könne sich das nicht denken, und nachdem ich bestimmt versichern kann, daß es mit nicht eingeleitet ist, das zu sagen, muß ich die Folgerungen auf das allerentschiedenste zurückweisen. Wir vertrauen auf die Siege der Vergangenheit und hoffen auf die Siege der Zukunft, und an die Siege wird sich die diplomatische Arbeit anschließen müssen. (Beifall.)

Abg. Raumann (Fortfchr. N.): Die Wartezeit an der Westfront ist vorüber, wir sind nicht mehr das umstülzte Tier. Wir führen den Krieg nicht als riesenhaften Sport, unsere Soldaten sind auch nicht die Dambiten, als welche sie von feindlicher Seite immer hingestellt werden, sondern sie tun einfach ihre Pflicht und sind zur Menschlichkeit erzogen worden. Einem absoluten Sieg über die zusammengeballte Menschheit werden wir vielleicht nie erzwingen.

Das deutsche Volk wird den Weltsturm abwehren!

(Beifall links.) Die Feinde werden einsehen, daß Deutschland nicht tot zu machen ist. Es wird gesagt, der Krieg müsse so lange fortgesetzt werden, bis einer von beiden Kämpfern Deutschland oder England tot sei. Was soll aber aus der Menschheit werden, wenn beide nur halbtot sind? (Beifall links.)

Abg. Dr. Stresemann (n.): Die gestrige Rede des Staatssekretärs von Rühlmann hat auch auf meine politischen Freunde

geradezu niederschmetternd

gewirkt. (Stürmische Zustimmung der Nationalliberalen.) Wir behauern aufs allerheftigste, daß ein Satz ausgesprochen werden konnte, als wenn unsere militärischen Erfolge nicht ausreichten, um zum Frieden zu kommen. (Zustimmung.) Dieser Satz ist beweislos, gegen das Stillsitzende Weltgeschick, das wir im Osten erlebt haben. Nachdem die Verhandlungen in West-Litauen gescheitert waren, mußten erst unsere tapferen Truppen eingreifen, um dann schnell den Frieden zu erzwingen. Es wirkt auch deprimierend auf das deutsche Volk, wenn hier gesagt wird, der Krieg könne ein lebenslänglicher oder dreißigjähriger werden. (Beifall b. d. Nationalliberalen und recht.) Dem deutschen Volk werden alle Neben feindlicher Staatsmänner vorgelegt, und es ist deren Absicht, auf die Seite des deutschen Volkes niederzudrücken zu wirken.

Was hätten Lloyd George und Clemenceau aus den deutschen Siegen gemacht?

(Stürmischer Beifall.) Deshalb glaubt die Welt nicht an die großen deutschen Siege? Weil unsere Staatsmänner keine eine Angst haben vor diesen Siegen. (Beifall.) Redner wendet sich dann noch gegen den Abg. Erbsberger und gegen den Führer Litomowski.

Wir protestieren dagegen, daß das Bürgertum fast ganz von den besseren diplomatischen Stellen ausgeschlossen ist. Um auch Unbemittelten die Laufbahn zu ermöglichen, müssen die Posten dementsprechend besetzt werden. Deshalb ist es nötig, daß unser dementsprechender Antrag angenommen wird.

Abg. Gröber (N.) beantragt, den Antrag der Nationalliberalen dem Hauptauschuß zu überweisen. Das Haus beschließt demgemäß.

Abg. Haake (unabh. Soz.): Das Stimmzettel der Konservativen und wahrheitsgemäß bestimmte Depeschen und bestimmte Stellen haben den Kanzler heute zur Rede gezwungen. Herr von Rühlmann hat es nicht verstanden, einen schönen Tod zu sterben. Sieger ist Graf Westarp geblieben. Bei uns herrscht eben die Militärpartei. (Sehr wahr bei den Soz., Gelächter links.) Wie oft soll unser Sieg schon unmittelbar bevorstehen haben. Der Sieg im Osten verbürgt nicht den Sieg im Westen. Rußland war durch und durch zermürt. Ich vermittele bei uns die Erklärung, daß sie auch bei den anderen die Unverletzlichkeit ihrer Staatsgebilde gewährleistet. Was wir gestern über Belgien hörten, war ein Rückschreiten. Wir haben den Ueberfall wieder gutzumachen. Im Osten finden wir überall eine unheilvolle Politik, die nicht im Einklang mit dem Frieden ist, trotzdem er ein gewollter Friede ist. Durch militärische Erfolge allein ist der Friede nicht zu erringen. Die Volksmassen müssen begreifen, daß es ihre Aufgabe ist, den Frieden zu erzwingen.

Abg. Werner, Gießen (d. F.): Herr von Rühlmann sieht die Friedensresolution noch immer als ein Dogma an. Was versteht er unter den Grenzen, die uns bestimmt sind. Es ist doch unlegbar, daß die geographischen Grenzen für das deutsche Volk bei seinem Wachstum unzulänglich sind. Die Führer des Volkes haben die Pflicht, die großen Taten des Heeres auszunutzen und dürfen nicht die Stimmung herabmindern. Aus unserer Diplomatie muß der englische Geist mit eisernen Besen ausgekehrt werden. Aus Rußland hätte entschieden noch mehr herausgeholt werden können. Die Luftschiffahrt ist für uns noch keineswegs vorüber. Die Entwicklung in Polen gibt zu großen Bedenken Anlaß. Die antro-polnische Lösung wäre der erste Nagel zum Sarge des deutsch-österreichischen Bündnisses. Ein Sonderverzug von Litauen muß abgelehnt und die Personalunion angestrebt werden. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes muß in den Vordergrund gestellt werden. Wir haben überall nur zu fragen, ob deutsche Interessen in Frage kommen. Die Flamen dürften nicht ihrem Schicksal überlassen werden. Bei der Schroffheit der Gegenseite war ein Ausgleich mit England unmöglich. England gibt seinen Vernichtungswillen nicht auf, bevor es nicht am Boden liegt.

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch 2 Uhr vertagt. Außerdem kleinere Etats und Gesetzentwürfe.

Schluß 8 1/2 Uhr.

Hauptauschuß des Reichstages.

Berlin, den 26. Juni 1918.

Der Hauptauschuß des Reichstages setzte heute seine Beratungen über den rumänischen Friedensvertrag fort.

Der Eintritt in die Tagesordnung regte der Vorsitzende Abg. Oßert an, die Erörterungen kurz zu lassen, damit mögen die Beratungen des Friedensvertrages abgeschlossen werden kann. In dieser Woche sollen dann die Gesellschaftsteuer und das Wehrerzeugnis in erster Lesung erledigt werden. In der übernächsten Woche soll die zweite Lesung möglichst der gesamten Steuerfrage folgen.

Der Vorschlag des Vorsitzenden, auf eine weitere allgemeine Aussprache zu verzichten, die einzelnen Artikel gleich vorzunehmen und sich dabei lediglich auf Anfragen zu beschränken, findet die Zustimmung des Ausschusses.

Das erste Kapitel (Wiederherstellung von Frieden und Freundschaft) wird ohne Weiteres angenommen.

Beim zweiten Kapitel (Demobilisierung der rumänischen Streitkräfte) beantragt der Art. IV Staatssekretär von Kálmán Anfragen der Hg. Grafen (H.) und Dr. Müller-Beinungen (Hortische, W.) über die Lage der Deutschen in Rumänien.
H. Grafen (H.): Der Krieg der bessarabischen Deutschen geht meines Wissens auf ein geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet in Bessarabien und einigen angrenzenden Landstrichen, dem im Bundesverhältnis zu Rumänien eine gewisse bundesstaatliche Selbständigkeit gesichert werden sollte. Dieser Krieg scheint ihnen sehr unangenehm, auch im deutschen Interesse. Die bessarabischen Deutschen seien geneigt, nach der Kriegsende auszuwandern, wenn der weitestgehende Plan zulande käme, aus der Krim und Taurien ein selbständiges deutsches Siedlungsgebiet für die am Schwarzen Meer angesiedelten zahlreichen Deutschen zu machen, wiederum im bundesstaatlichen Anschluß an die Ukraine, nicht als Schutzgebiet Deutschlands. Die Deutschen in der Ukraine fürchteten, nach Wegzug der deutschen Truppen das Land verlassen zu müssen, wenn ihnen nicht durch geschlossene Kolonien und staatliche Selbständigkeit die Möglichkeit besseren Schutzes geschaffen werde. Auch im Interesse der Lebensmittelpflege liegt es, nicht Willkür von den dortigen Deutschen her zu erwarten.
H. Grafen (H.): wünscht nicht, daß Deutschland sich allzu sehr einmische.
H. Grafen (H.): erbittet mehr Wohlwollen für die bedauerlichen Kolonisten, und wünscht über die Pläne der Regierung, betreffend die Kolonisation auswanderungslustiger Kolonisten.
H. Grafen (H.): fragt nach der Stellungnahme der Reichsregierung zu den Plänen der deutschen Kolonisten in Südrußland.
H. Grafen (H.): betont, wie wichtig und nicht nur für die rumänischen Juden betriebsmäßig, sondern auch für die russischen Arbeiterbevölkerung und schließlich die Arbeiterbevölkerung in den Grenzgebieten die Auswanderung der Juden nach Ostpreußen ist.
H. Grafen (H.): Nach den Worten des Staatssekretärs wird das Auswärtige Amt gewisse berechtigte Wünsche erfüllen.
Nach weiteren Ausführungen des Hg. D. Raumann (Hortische, W.) nimmt der Staatssekretär das Wort und betont, daß die Regierung die Bedürfnisse aller Auswandernden nach Möglichkeit in ihrem Sinne zu regeln und ihre Interessen zu schützen beabsichtigt sei.
Es wird sodann Art. IV genehmigt, ferner werden ohne weitere Diskussion die Art. V bis IX angenommen.

Beim dritten Kapitel (Schiffsabfertigung) stellen die Hg. Grafen (H.) und D. Raumann (Hortische, W.) Anfragen; letzterer wünschte zu wissen, ob das Handelsabkommen von 1915 mit Bedingungen behaftet gewesen sei, die jetzt die Geltung der Türkei erschweren ließen; unter den vorliegenden Umständen dürfte die Durchbrechung der Bulgaren nicht auf allzu starke Proben gestellt werden; die Türkei behalte aller deutschen Bundesfreundlichkeit, könne aber von uns nicht verlangen, daß wir ihren Balkanbereich vergrößern. Was wir für die Türkei zu tun hätten, liegt in Wien, nicht auf dem Balkan.
Staatssekretär v. Kühlmann gibt vertrauliche Auskunft.
Beim sechsten Kapitel (Regelung der Donauschiffahrt) findet eine Aussprache statt über die Befreiung der Donauschiffahrt, die Beteiligung der Mächte an ihr, sowie über die Donauschiffahrtsgesellschaften.
H. Grafen (H.): verweist auf die Abstimmung in Bayern über die Bildung einer neuen Donauschiffahrtsgesellschaft unter Führung des Geheimrats Frisch von der S. G. W.
Geheimrat Frisch erteilt, mit dem Bayerischen Stabschef eine Verständigung erzielt, von Errichtung einer Konkurrenzgesellschaft gegenüber der bayerischen Gesellschaft keine Rede sein.
Beim siebenten Kapitel (Umsiedlung der Rumänen) bemängelt Hg. Grafen (H.) die Fassung, die nur einem Teil der Juden Umsiedlung verleihe und den Juden überhaupt keine Berufsmöglichkeiten eröffne.
Direktor Krüge erteilt, jeder, der einmal rumänischer Staatsbürger sei, habe auch die volle Rechtsgleichheit, so auch der Jude. Eine andere Frage sei die Behandlung der Staatslosen. Die rumänische Regierung habe gegenüber der jüdisch-rumänischen Bevölkerung weitgehendes Entgegenkommen gezeigt.
H. Grafen (H.): erklärt, die Judenfrage in Rumänien bestehe darin, ob sie Grundbesitz erwerben könnten oder nicht; nur die Staatsangehörigen könnten landwirtschaftlichen Grundbesitz erwerben; die Stellung der Juden und ihre Ausbreitung dort lasse es nicht ratsam erscheinen, sich allzu sehr für sie ins Zeug zu legen; die Zulassung der Juden zum landwirtschaftlichen Grundbesitz würde die Lösung der Agrarfrage sehr erschweren.
Die Ausfertigung des Direktor Krüge, daß die Bestimmungen des siebenten Kapitels einen starken Eingriff in die inneren Verhältnisse Rumäniens bedeuteten, unterzeichnet der konservative Hg. v. Graefe. Damit sei zugegeben, daß von dem sonst vertretenen Grundsatz gerade der Parteien der Anker, innere Angelegenheiten der vertragschließenden Staaten unberührt zu lassen, zugunsten des Judentums abgesehen worden sei.
H. Grafen (H.): betont weiter, daß wir unserem politischen Ansehen schaden, wenn wir uns so sehr in der rumänischen Judenfrage engagieren. — Der konservative Redner verpflichtet hier nicht. Jedenfalls sei bei der Stellung der rumänischen Bevölkerung zur Judenfrage das Jugendkennzeichen der rumänischen Regierung ein großes Opfer, das aber sicher nicht ohne Gegenleistung erwidert werden könne. Die Berufung auf den Berliner Vertrag sei unzureichend, da wir keinerlei Verpflichtung gehabt hätten, selbst allein diese Frage zu lösen. Besser hätte man gewartet, bis sich eventuell bei den allgemeinen Friedensverhandlungen die sämtlichen Vertragsmächte des Berliner Kongresses engagieren wollten.
H. Grafen (H.): tritt für volle Gleichberechtigung der Juden entsprechend dem Berliner Vertrag ein; die Bestimmungen des Friedensvertrages würden nicht das, was jener Vertrag wollte.
H. Grafen (H.): dankt dem Staatssekretär dafür, daß er es durchgesetzt hat, daß die Katholiken in Rumänien endlich die Gleichberechtigung erhalten. Von dem Standpunkte aus, daß, was den Katholiken recht, den Juden billig sei, und auch vom allgemeinen Menschenheitsinteresse heraus erscheine die Gleichstellung der Juden geboten.
Nach kurzer weiterer Erörterung wird der Friedensvertrag angenommen.

Wittmoß: Wirtschaftspolitische Zusammenfassungen.

Kriegsnachrichten.
Oesterreichisch-ungarischer Generalstabbericht. Ähnlich wie bei Wien vom 25. Juni verlautbart: Gekannt war die Gebirgsfront zwischen Triest und der Biawe wieder der Schauplatz heftiger Kämpfe. Der Feind hat alles auf, um die am 18. Juni verlorenen Höhenstellungen zurückzuerobern. Auf dem Monte di Balbello, Col del Rosso, Molone, Solarolo und Monte Vertice wurde den größten Teil des Tages erbittert gerungen. Die Italiener wurden überall, an mehreren Stellen durch Gegenstöße, zurückgeworfen. Die vorliegenden Meldungen schildern das über alles erhabene Verhalten der an den Kämpfen beteiligten Infanterie und Artillerie und erwähnen besonders die Inf. Reg. 9 (Gallianer) 58 (Fronten), 114 (Ober- und Niederösterreich), 120 (Schlesier) und bosnisch-herzegow. Nr. 4. Im Montello-Gebiet und sämtlich davon läßt der

Feind mit Batterien an der Biawe vor. Im Raume von San Donna hatten die den Uferwechsel unserer Divisionen sichernden Detachmenten in den letzten Tagen starke Angriffe abzuwehren. Unsere Bewegungen vermochten auch hier planmäßig und ohne Verlust an Kriegsgerät durchgeführt zu werden. Seit dem 16. Juni übte der Italiener über 50 000 Mann an Gefangenen ein, darunter 1100 Offiziere. Die Gesamtverluste des Feindes sind bei strengster Schätzung mit 150 000 Mann zu berechnen.
Der Chef des Generalstabs.
Die Räumung von Paris und die Vorbereitung zu seiner militärischen Verteidigung wird mit großem Eifer fortgesetzt.

Widmung einer russischen Legion in Amerika. Nach dem „Nieuwe Rotterdam Courant“ meldet der „Daily Telegraph“ aus Newport vom Sonntag, daß eine russische Legion aus in den Vereinigten Staaten wohnenden Vertretern der unterdrückten Völker Deutschlands und Oesterreichs gebildet werden wird. Man sei der Ansicht, daß diese Legion am besten in Rußland verwendet werde, vorausgesetzt, daß man sich überhaupt zu einer Intervention in Rußland entschleide. Nach Telegrammen aus Washington bringen die Alliierten bei der Regierung immer mehr darauf, diese Intervention zu unterstützen.
Zur Lage in Rußland. Aus Moskau wird gemeldet: Die hiesige Presse meldet: Die Flucht des Großfürsten Michael aus Perm erfolgte am 15. Juni nachts. Eine Abteilung ausgebildeter roter Garbisten entführte den Großfürsten im Kraftwagen unter Vorweisung eines gefälschten Sowjetbefehls, wonach er nach Moskau überführt werden sollte. — Infolge zunehmender gegenrevolutionärer Unruhen und Hungerevellen ist der Kriegszustand über Tretyj im Gouvernement Nowgorod, über Sebel Perm, Stadt und Gouvernement Ufa verhängt, sowie der Belagerungszustand über Nowgorod erklärt worden. Die Lage im Gouvernement Saratow ist besorgniserregend. Schnellste, ernste Maßnahmen zur Organisation des Selbstschutzes sind erforderlich. Energetische Beschleunigung der Bewaffnung und militärische Ausbildung der arbeitenden Klassen wird dem Exekutivkomitee des Saratower Gouvernements durch den Deputiertenrat auferlegt. — Ein Diensttelegramm von der Wurmanküste meldet, daß 60% der Bahnbeamten wegen Nahrungsmittelmangel an Typhus und Sturbot erkrankt sind. Moskau ist von jeder Verbindung mit Turkestan abgeschnitten. Nur aus Umwegen kommen Nachrichten über eine Bewegung für Abtrennung von Rußland und Autonomie. — In Ostpreußen soll Großfürst Michael an der Spitze der Gegenrevolutionäre ein Manifest an das russische Volk erlassen haben, in dem er bei seiner Abdankung beharrt und dem einrufenden Semski Sabor die Entscheidung über die Regierungsgewalt überläßt.

Die russische Presse über einen Aufstand in Klein-Asien. Die türkische Agentur Milli meldet: Einer von „Daily News“ veröffentlichten, vom „Nieuwe Rotterdam Courant“, sowie anderen Blättern abgedruckten Depesche der „Agence d'Athènes“ zufolge soll an der ägäischen Küste Kleinasien ein Aufstand ausgebrochen sein. Der sich von Chremis bis Nedemilj im Vilajet Adina ausgebreitet habe. Kad Balcha, der zur Unterdrückung des Aufstandes entsandt worden sei, habe mit den Aufständischen im Einklang genommen mit dem Wali von Smyrna gemeinsame Sache gemacht. — Diese Gerüchte sind lächerlich und frei erfunden. Sie zeigen lediglich welcher Mächtigkeiten sich die Anhänger von Benjelos bedienen, um die öffentliche Meinung Europas gegen die Türkei aufzubringen.
Lond George über die militärische Lage. Reuters meldet aus London: Bei der dritten Lesung der Consolidated Funds Bill erklärte Lond George in Verantwortung von Fragen folgendes über die militärische Lage: Die Anzahl erstklassiger amerikanischer Truppen, die nach Europa übergeführt worden ist, genügt, um die Alliierten zu unterstützen und unsere Feinde zu enttäuschen. Im Augenblick kann unmöglich mit Sicherheit das Kräfteverhältnis der Alliierten und der Mittelmächte angegeben werden. Es wäre erkaunlich, wenn nicht binnen sehr kurzer Zeit die Alliierten an der Westfront stärker wären als die Deutschen. In den nächsten Monaten wird die Lage natürlich noch sehr belangreichere sein. Wir stehen am Vorabend großer Ereignisse. Vielleicht wird in den nächsten Stunden, ganz sicher in einigen Tagen eine große Schlacht geliefert werden, von der der Ausgang des Ganzen abhängen wird. Aber die Alliierten werden niemals besser vorbereitet, den Stoß zu erwarten. Der letzte Angriff der Deutschen auf die französische Armee ist mißglückt, das gleiche kann von dem ersten deutschen Angriff auf unsere Truppen gesagt werden. Die Lage Rußlands ist vollkommen chaotisch. Es ist nutzlos, von der russischen Regierung zu sprechen, als wenn es eine Regierung für das ganze Land gäbe. Aserbaidschan und seine Regierung vertreten noch das ganze Rußland. Man kann keine Besprechungen mit irgend einer Regierung in Rußland anknüpfen und behaupten, daß sie das ganze Land vertreten. Es ist nicht nur nützlich, sondern auch recht und billig, wenn wir Rußland beiseite lassen. Deutschland hat die mit Rußland abgeschlossenen Verträge nicht 24 Stunden beachtet. Der daß gegen die Deutschen nimmt besonders in den besetzten Gebieten zu. Klein Gewährungsmann behauptet, daß Rußland mehr als je bereit sei, an jeder Bewegung teilzunehmen, die den Zweck habe, die Deutschen aus ihrem Gebietsraum zu vertreiben. Diese Dinge geben Hoffnung. (Beifall.) Rußland ist schwer zugänglich, nur Japan hat den Weg zu ihm frei. Die Vorgänge in Italien sind vielversprechend. Oesterreich ist nicht in so günstigen Verhältnissen, eine Niederlage ertragen zu können, denn drei Fünftel seiner Bevölkerung haben nicht die mindeste Sympathie für die Ziele des Krieges, sondern wissen, daß nur ein Sieg der Alliierten ihnen Aussicht auf Freiheit sichert. Ich erinnere an die Tschechoslowaken in Sibirien. Alle diese Dinge sind von Bedeutung und geben Hoffnung. Wir alle stehen unter dem Eindruck der großen Ereignisse im Westen. Die Gefahr ist noch nicht vorüber, aber wie groß auch unsere Schwierigkeiten sein mögen, die Schwierigkeiten der Mittelmächte sind unendlich viel größer.
Eine Wiener Stimme zur Rede Kühlmanns. Die Wiener „Neue Freie Presse“ sieht in der Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann ein Bekenntnis zum Verständigungsfrieden. Das Blatt hebt sodann die sympathischen Worte hervor, mit denen Kühlmann über das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn spricht, und betont als interessantes Moment, daß der Staatssekretär bei Besprechung der polnischen Frage auf den innigen Zusammenhang mit den zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn schwebenden wirtschaftlichen Fragen hinweist, und schließlich: Dr. v. Kühlmanns Rede zeigt die ganze tiefe Müdigung des deutschen Volkes. Auch nach den größten Erfolgen verliert es nicht die Besinnung, und so der Wegner den Ruf des Triumphes erheben würde, kragt der deutsche Staatssekretär in gemäßigten Worten dem Gegner die Hand hin und zeigt ihm den Weg, der denkbar wäre für eine Verständigung.
Eine Witschrift an den Schweizer Bundesrat. Aus Freiburg meldet die Schweiz. Dep. Agentur: Das hiesige katholische Friedensinstitut für Völkerverständigung hat dem Bundesrat eine ausführliche Witschrift eingereicht mit dem Vorschlag, den ersten Schritt zugunsten des Friedens zu tun oder einen etwaigen Schritt anderer neutraler Staaten zu unterstützen. Das Institut hält den psychologischen Moment für einen solchen Versuch für gekommen.
Der Präsident von Chile hat bei der Eröffnung des Kongresses die Aufrechterhaltung strengster Neutralitätspolitik erneut verkündet.

Rieser Tageblatt
Amtsblatt.
Hiermit richten wir an die geehrten Postbesitzer das höfliche Ersuchen, die Bestellung auf Monat Juli-September
sofort
bewirken zu wollen, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Der Postbezugspreis frei Haus beträgt im Deutschen Reich monatlich nur 1.14 Mk.
Das Rieser Tageblatt ist die Heimatszeitung für unsere Truppen im Felde. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, anßerdem die Feldpostämter im Felde an. Für jeden Monat beträgt der Bezugspreis 1.50 Mk.
Verlag des Rieser Tageblattes, Ries, Goethestr. 59.

Nach Meldungen der Presse in Wien hat die Eisenbahnkommission beschlossen, den Güterverkehr zwischen der Ukraine und Rußland in den nächsten Tagen zu eröffnen. Dagegen machte die Ukraine die Eröffnung des Verkehrs von der Rückgabe des ukrainischen Wagenmaterials an die Ukraine abhängig.
Nach Meldung der Moskauer Presse seien die tschechoslowakischen Truppen in Zetaterburg eingedrungen und in der Stadt seien schwere Kämpfe entbrannt.
Nach Meldungen der Presse ist das bisherige Ergebnis der Wahlen in Petersburg folgendes: 122 Volkswahlen, 9 Infanterierevolutionäre und 1 Oberone.
Ein Aufruf der Sowjet-Regierung. In einem Aufruf des Rates der Volksbeauftragten in Moskau heißt es: Es ist unmöglich, die Macht der Sowjets vor der Hungerrnot kapitulieren zu lassen. Aus den Gebieten von Jarisyn, Don und Kuban werden gewaltige Vorräte von Lebensmitteln in den nächsten Tagen nach der Eröffnung von Moskau und weiter nördlich geliefert werden. Inzwischen wird der Aufwand in Sibirien erstickt sein und die Lebensmittel, die sich unterwegs befinden, werden ihre Bestimmung erreichen. Um diesen Plan zu verwirklichen und für immer die chaotischen und umhülzlerischen Bestrebungen des reaktionären Bürgerturns zu brechen, greift das Volk zu folgenden Maßnahmen: Teilweise Mobilmachung im Wolga-Gebiet, im Ural, in Sibirien und in den dem Aufstand benachbarten Gebieten. Alle örtlichen Sowjets üben eine strenge Kontrolle über die Bürger aus, um jede Verschwörung und undurchsichtige zu unterdrücken. Ehemalige Offiziere, die täglich an der Wiederherstellung der sowjetischen Armee gearbeitet haben, genießen vollständige Strafflosigkeit und den Schutz der Sowjetbehörden. Verhöhreroffiziere, Mittelsleute von Skoropadski, Krasnow und des sibirischen Obersten Janoff werden ohne Gnade hingerichtet werden.
Das Abkommen zwischen China und Japan. Wie das kaiserliche Bureau erklärt, ist ein Abkommen zwischen China und Japan so gut wie abgeschlossen, wonach die außerordentlich wertvollen Eisenbergwerke in Fengshangshan von Chinesen in Besitz genommen und die Verteilung des Stahls von Chinesen und Japanern übernommen wird. Die Japaner werden zum Betriebe der Werke 20 Millionen Yen beisteuern. Damit erhalten die Japaner tatsächlich die Aufsicht über die gesamte Produktion der Bergwerke.
Die japanische Einmischung. Das japanische Bündnis steht in England wieder hoch im Kurs, seitdem der gelbe Feind sich nun wirklich anzuschließen scheint, sich abermals als „Soldat“ des weltbeherrschenden Albions misbrauchen zu lassen. Die Nachricht von der Ueberrückung des britischen Feldmarschallstabs an den Mikado durch den Prinzen von Counaught reißt sich vortrefflich zu der Nachricht, daß das japanische Parlament in Kürze zu einer Sonderkürzung zusammenzutreten werde, um über die Frage des Aufschickens eines Expeditionsheeres nach Sibirien zu verhandeln. Ebenso beachtenswert ist eine Meldung aus Stockholm, wonach die dort eingetroffenen Vertreter der russischen Sozialrevolutionäre, die mit den Radikalen Hand in Hand gehen, eine Erklärung für eine bewaffnete Intervention der Entente in Rußland abgegeben würde. In Betracht kommt natürlich nur die Einmischung Japans als

Beauftragten der eigentlichen Verbändsmächte, deren Streitkräfte ja in Europa genug und übergenug zu tun haben. Die gelbe Großmacht soll für den Verband die Aufgabe der Wiederherstellung eines den Krieg gegen die Mittelmächt wieder aufnehmenden Rußland übernehmen.
Die deutsch-japanischen Verträge. Gestern wurden im Auswärtigen Amt die Ratifikationsurkunden zu dem am 7. März zwischen Deutschland und Japan abgeschlossenen Verträgen, namentlich dem Friedensvertrage und dem Handels- und Schiffsabkommen ausgetauscht.
Frei erfundene Gerüchte über einen Aufstand in Klein-Asien. Die türkische Agentur Milli meldet: Einer von „Daily News“ veröffentlichten, vom „Nieuwe Rotterdam Courant“, sowie anderen Blättern abgedruckten Depesche der „Agence d'Athènes“ zufolge soll an der ägäischen Küste Kleinasien ein Aufstand ausgebrochen sein. Der sich von Chremis bis Nedemilj im Vilajet Adina ausgebreitet habe. Kad Balcha, der zur Unterdrückung des Aufstandes entsandt worden sei, habe mit den Aufständischen im Einklang genommen mit dem Wali von Smyrna gemeinsame Sache gemacht. — Diese Gerüchte sind lächerlich und frei erfunden. Sie zeigen lediglich welcher Mächtigkeiten sich die Anhänger von Benjelos bedienen, um die öffentliche Meinung Europas gegen die Türkei aufzubringen.

Lond George über die militärische Lage. Reuters meldet aus London: Bei der dritten Lesung der Consolidated Funds Bill erklärte Lond George in Verantwortung von Fragen folgendes über die militärische Lage: Die Anzahl erstklassiger amerikanischer Truppen, die nach Europa übergeführt worden ist, genügt, um die Alliierten zu unterstützen und unsere Feinde zu enttäuschen. Im Augenblick kann unmöglich mit Sicherheit das Kräfteverhältnis der Alliierten und der Mittelmächte angegeben werden. Es wäre erkaunlich, wenn nicht binnen sehr kurzer Zeit die Alliierten an der Westfront stärker wären als die Deutschen. In den nächsten Monaten wird die Lage natürlich noch sehr belangreichere sein. Wir stehen am Vorabend großer Ereignisse. Vielleicht wird in den nächsten Stunden, ganz sicher in einigen Tagen eine große Schlacht geliefert werden, von der der Ausgang des Ganzen abhängen wird. Aber die Alliierten werden niemals besser vorbereitet, den Stoß zu erwarten. Der letzte Angriff der Deutschen auf die französische Armee ist mißglückt, das gleiche kann von dem ersten deutschen Angriff auf unsere Truppen gesagt werden. Die Lage Rußlands ist vollkommen chaotisch. Es ist nutzlos, von der russischen Regierung zu sprechen, als wenn es eine Regierung für das ganze Land gäbe. Aserbaidschan und seine Regierung vertreten noch das ganze Rußland. Man kann keine Besprechungen mit irgend einer Regierung in Rußland anknüpfen und behaupten, daß sie das ganze Land vertreten. Es ist nicht nur nützlich, sondern auch recht und billig, wenn wir Rußland beiseite lassen. Deutschland hat die mit Rußland abgeschlossenen Verträge nicht 24 Stunden beachtet. Der daß gegen die Deutschen nimmt besonders in den besetzten Gebieten zu. Klein Gewährungsmann behauptet, daß Rußland mehr als je bereit sei, an jeder Bewegung teilzunehmen, die den Zweck habe, die Deutschen aus ihrem Gebietsraum zu vertreiben. Diese Dinge geben Hoffnung. (Beifall.) Rußland ist schwer zugänglich, nur Japan hat den Weg zu ihm frei. Die Vorgänge in Italien sind vielversprechend. Oesterreich ist nicht in so günstigen Verhältnissen, eine Niederlage ertragen zu können, denn drei Fünftel seiner Bevölkerung haben nicht die mindeste Sympathie für die Ziele des Krieges, sondern wissen, daß nur ein Sieg der Alliierten ihnen Aussicht auf Freiheit sichert. Ich erinnere an die Tschechoslowaken in Sibirien. Alle diese Dinge sind von Bedeutung und geben Hoffnung. Wir alle stehen unter dem Eindruck der großen Ereignisse im Westen. Die Gefahr ist noch nicht vorüber, aber wie groß auch unsere Schwierigkeiten sein mögen, die Schwierigkeiten der Mittelmächte sind unendlich viel größer.
Eine Wiener Stimme zur Rede Kühlmanns. Die Wiener „Neue Freie Presse“ sieht in der Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann ein Bekenntnis zum Verständigungsfrieden. Das Blatt hebt sodann die sympathischen Worte hervor, mit denen Kühlmann über das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn spricht, und betont als interessantes Moment, daß der Staatssekretär bei Besprechung der polnischen Frage auf den innigen Zusammenhang mit den zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn schwebenden wirtschaftlichen Fragen hinweist, und schließlich: Dr. v. Kühlmanns Rede zeigt die ganze tiefe Müdigung des deutschen Volkes. Auch nach den größten Erfolgen verliert es nicht die Besinnung, und so der Wegner den Ruf des Triumphes erheben würde, kragt der deutsche Staatssekretär in gemäßigten Worten dem Gegner die Hand hin und zeigt ihm den Weg, der denkbar wäre für eine Verständigung.
Eine Witschrift an den Schweizer Bundesrat. Aus Freiburg meldet die Schweiz. Dep. Agentur: Das hiesige katholische Friedensinstitut für Völkerverständigung hat dem Bundesrat eine ausführliche Witschrift eingereicht mit dem Vorschlag, den ersten Schritt zugunsten des Friedens zu tun oder einen etwaigen Schritt anderer neutraler Staaten zu unterstützen. Das Institut hält den psychologischen Moment für einen solchen Versuch für gekommen.
Der Präsident von Chile hat bei der Eröffnung des Kongresses die Aufrechterhaltung strengster Neutralitätspolitik erneut verkündet.

Zur Erklärung des Rates von Flandern. Zu der unter dem 23. Juni veröffentlichten Erklärung des Rates von Flandern an das deutsche Volk wird der Rdn. Bg. von besonderer Seite gefordert: Der Aufruf stellt als politisches Ziel die Aufrichtung eines flämischen Staates mit einem eigenen Parlament, eigener Verwaltung und einem eigenen Richteramt auf. Es ist kein Zweifel, daß unter diesen Bedingungen das flämische Volk tatsächlich eine Gewähr dafür erhalten würde, daß die früheren für das flämische Volkstum so trübigen Zustände nicht wiederkehren. Eine einheitsstaatliche Organisation mit einheitlichem Parlament, wie es Belgien von 1830 war, bietet in ihrer bisherigen Art für beide der zwei so verschiedenen Nationalitäten der Flamen und Wallonen die Möglichkeit, selbständig und unbehindert durch die andere in ihrer völkischen Eigenart sich zu entwickeln. Es muß deshalb zum politischen und nationalen Teil der beiden Volkstämme, und zwar der Wallonen ebenso wie der Flamen eine über den Rahmen der bloßen Verwaltungstrennung hinausgehende Scheidung erwogen werden. Eine solche Selbstständigkeit Flamen und Walloniens wird natürlich nicht hindern, daß die beiden Staaten miteinander eine Verbindung eingehen, die es ihnen ermöglicht, durch eine gemeinsame Beschäftigung dieserigen Angelegenheiten zu ordnen, die insbesondere wegen der engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen einer gemeinsamen Regelung bedürfen und daß diese Länder nicht wieder Aufmarschgebiet unserer Feinde werden. Ein freies, auf germanischer Grundlage aufgebautes Flandern hat ebenso wie Deutschland das Lebensinteresse, französische oder englische Herrschaft von seinen Grenzen fernzuhalten. Schutzmaßnahmen hiergegen schäffen unmittelbar auch Flandern. In wirtschaftlicher Beziehung bedarf aber ein solches selbständiges Flandern aus den von der Natur gegebenen Bedingungen heraus der Anlehnung an das Deutsche Reich. Festumdrückene Bedingungen des Friedensvertrages müssen diese Anlehnung erleichtern und dauernd sicherstellen. Sie müssen auch Wallonen, dessen wirtschaftliche Kräfte weder Flamen noch Deutschland missen wollen und können, mitumfassen. Dadurch wird nicht verhindert, daß beide Staaten sich ihr eigenes Staatsleben nach ihrem eigenen Willen einrichten und entwickeln.